

Musterfragen Aufnahmeprüfung

1. Welche der folgenden Aussagen ist/sind richtig?

- a. Verletzt Max seinen Studienkollegen Moritz absichtlich, löst das ausschließlich strafrechtliche und somit öffentlich-rechtliche Rechtsfolgen aus.
- b. Enthält das Unternehmensrecht zu einem Rechtsproblem keine besonderen Vorschriften, sind die allgemeinen zivilrechtlichen Vorschriften anzuwenden.
- c. Sonderprivatrechte unterscheiden sich vom allgemeinen Privatrecht dadurch, dass zumindest ein Rechtssubjekt mit Hoheitsgewalt agiert.
- d. Das Arbeitsrecht ist ein Teil des Privatrechts.
- e. Lea will ihre Eigentumswohnung vermieten. Lehnt sie das Angebot des Interessenten Martin ab, handelt sie mit Hoheitsgewalt, weil sie einseitig die Rechtslage verändert.

2. Samuel ist 6 Jahre alt. Als er von der Volksschule nach Hause geht, kauft er sich im Supermarkt einen Müsliriegel um EUR 2 und bezahlt ihn mit seinem Taschengeld. Da seine Mutter nächste Woche Geburtstag hat, erwirbt er in einem Modegeschäft auch noch eine Kette, die zum halben Preis angeboten wird (EUR 40 statt EUR 80). **Wie ist die Rechtslage?**

- a. Der Vertrag über den Müsliriegel ist wirksam.
- b. Der Vertrag über die Kette ist wirksam.
- c. Wenn Samuels Eltern dem Kauf des Müsliriegels nachträglich widersprechen, ist der Vertrag absolut nichtig.
- d. Der Vertrag über die Kette ist schwebend unwirksam.
- e. Samuel darf über sein Vermögen frei verfügen.

3. David ist 12 Jahre alt. Er geht mit seinem 15-jährigen Freund Gustav ins Einkaufszentrum. **Welche der folgenden Aussagen treffen/trifft zu?**

- a. Bekommen David und Gustav einen Fußball als Werbegeschenk ausgeteilt, können beide die Schenkung wirksam annehmen.
- b. Kauft sich David ein T-Shirt um EUR 50, ist dieser Vertrag absolut nichtig.
- c. Wenn Gustav von seinen Eltern EUR 400 erhalten hat, um sich neue Kleidung zu kaufen, das Geld aber für eine Playstation ausgibt, kommt der Kaufvertrag über die Playstation mit Zahlung des Geldes wirksam zustande.
- d. Gustav kann wirksam einen Vertrag über einen Ferienjob in einem Bekleidungsgeschäft abschließen.
- e. David ist ein unmündiger Minderjähriger.

4. Helene ist 70 Jahre alt und verheiratet. Wegen einer psychischen Erkrankung ist sie nicht mehr in der Lage, ihre rechtlichen Angelegenheiten selbst zu erledigen. **Wie ist die Rechtslage?**

- a. Helene kann eine Vorsorgevollmacht errichten.
- b. Kauft Helene ein Motorrad, kommt der Vertrag zustande, wenn der Händler Helenes Geisteskrankheit nicht erkennen konnte.
- c. Kauft Helene Lebensmittel fürs Abendessen ein, ist der Vertrag wirksam, sobald sie den Kaufpreis bezahlt.
- d. Helenes Vertreter hat dafür zu sorgen, dass ihr die für den Alltag notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.
- e. Gibt es keinen Vorsorgebevollmächtigten und auch keinen gewählten Erwachsenenvertreter, kommt Helenes Ehemann als ihr gesetzlicher Erwachsenenvertreter in Frage.

5. Der Bäcker David kauft am 2.2.2024 einen neuen Backofen Typ „X“ für seine Bäckerei vom Großhändler Gustav. Bei der ersten Inbetriebnahme wenige Tage später bemerkt er, dass sich der Backofen bei einer Temperatureinstellung von über 180 Grad nach 5 Minuten selbst ausschaltet. Dies ist auf einen technischen Fehler bei der Produktion zurückzuführen, der weder David noch Gustav auffallen konnte. **Wie ist die Rechtslage?**

- a. Es liegt ein Sachmangel vor, weil eine gewöhnlich vorausgesetzte Eigenschaft fehlt.
- b. David hat keine Gewährleistung gegen Gustav, weil Gustav kein Verschulden trifft.
- c. Gewährleistungsrechte von David gegen Gustav unterliegen dem VGG.
- d. Beim Backofen handelt es sich um eine Gattungsschuld.
- e. Die Gewährleistungsfrist beginnt mit der Übergabe des Backofens zu laufen

6. Maria kauft am 2.5.2024 20m² Rollrasen von der Händlerin Baumoritz AG. Der Rasen wird am 4.5.2024 geliefert und ordnungsgemäß von Maria verlegt. Obwohl Maria den Rasen ausgiebig bewässert, stirbt das Gras binnen einiger Tage vollständig ab. Ein Sachverständiger stellt fest, dass das gelieferte Gras mit einem Keim infiziert war. Auch Marias geliebte Rosen wurden mittlerweile vom Keim angesteckt und gehen ein. **Wie ist die Rechtslage?**

- a. Maria kann nach ihrer Wahl Austausch oder Preisminderung verlangen.
- b. Gewährleistungsrechte von Maria gegen Baumoritz unterliegen dem VGG.
- c. Maria muss ihre Gewährleistungsrechte spätestens bis zum 2.1.2025 geltend machen.
- d. Behebt Baumoritz den Mangel durch Lieferung von neuem Rasen, muss Maria den Kaufpreis erneut bezahlen.
- e. Die eingegangenen Rosen sind ein Mangelfolgeschaden.

7. Katrin kauft vom Händler Herbert ein neues Sofa mit umklappbaren Lehnen der Serie „Blitz“ um EUR 500, das sie gleich bezahlt. Da Herbert das Sofa erst beim Produzenten Peter bestellen muss, vereinbaren sie einen Abholtermin in zwei Wochen. Wenige Tage nach der Abholung bemerkt Katrin, dass eine der beiden Lehnen aufgrund eines Verarbeitungsfehlers nicht umklappbar ist. Auf Katrins mehrmaliges Urgieren reagiert Herbert monatelang nicht. Mit zwei

verstellbaren Lehnen hätte das Sofa einen Wert von EUR 400 gehabt, mit nur einer verstellbaren Lehne hat es nur einen Wert von EUR 200. **Wie ist die Rechtslage?**

- a. Katrin kann Verbesserung von Herbert verlangen.
- b. Katrin kann Preisminderung iHv EUR 250 von Peter verlangen.
- c. Katrin kann Preisminderung iHv EUR 200 von Herbert verlangen.
- d. Die Gewährleistungsfrist beträgt zwei Jahre ab Kenntnis des Mangels.
- e. Katrin kann Austausch von Herbert verlangen.

8. Welche der folgenden Aussagen zur gesetzlichen Erbfolge ist/sind richtig?

- a. Hinterlässt Erna ihre geistig beeinträchtigte Tochter Tanja und ihren Vater Veit, ist Veit Alleinerbe.
- b. Wenn es einen Ehegatten gibt, kommt die 3. Parentel nicht zum Zug.
- c. Elke hinterlässt ihren Sohn Sven und ihre Enkel Uwe und Hans. Uwe ist der Sohn von Sven, Hans ist der Sohn von Elkes verstorbenen Tochter Tina. Sven erhält 1/2, Uwe und Hans erhalten jeweils 1/4.
- d. Die gesetzliche Erbfolge kommt zur Anwendung, wenn der Verstorbene keine letztwillige Verfügung hinterlassen hat.
- e. Lebensgefährten sind im Erbrecht wie Ehegatten zu behandeln.

9. Emilio hinterlässt seine einjährige Tochter Trude, seine Mutter Mareike, seine 15-jährige Schwester Sara, seinen Bruder Bernd und seine Tante Clara. Emilios Vater Valentin ist bereits verstorben. **Welche der folgenden Aussagen zur gesetzlichen Erbfolge nach Emilio ist/sind richtig?**

- a. Trude und Sara erben nichts, weil sie minderjährig sind.
- b. Trude erbt 1/2, Mareike erbt 1/4, Sara und Bernd erben jeweils 1/8.
- c. Mareike, Sara und Bernd erben nichts.
- d. Clara, Sara und Bernd gehören zur dritten Parentel.
- e. Mareike wächst der Erbteil von Valentin an.

10. Xenia hinterlässt ihre eingetragene Partnerin Patricia, ihren Sohn Simon, ihren Vater Volker, ihre Mutter Melissa, ihre Schwester Sandra und ihren Enkel Thorsten. Thorsten ist der Sohn von Xenias verstorbenem Sohn Christian. **Welche der folgenden Aussagen zur gesetzlichen Erbfolge nach Xenia ist/sind richtig?**

- a. Simon erbt 1/3 und Patricia erbt 2/3.
- b. Simon erbt 2/3 und Patricia erbt 1/3.
- c. Simon, Patricia und Thorsten erben jeweils 1/3.
- d. Patricia ist der zweiten Parentel zuzuordnen.

- e. Thorsten repräsentiert Christian.

11. Welche Aussage/n zu den Grundprinzipien der Bundesverfassung ist/sind richtig?

- a. Die Grundprinzipien der Bundesverfassung sind beispielsweise die Demokratie, der Rechtsstaat oder der Klimaschutz.
- b. Das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) ist das Stammgesetz der österreichischen Bundesverfassung.
- c. Einzelne Verfassungsbestimmungen können auch in einfachen Bundesgesetzen enthalten sein.
- d. Das Rechtsstaatsprinzip verlangt, dass staatliches Handeln hinreichend inhaltlich bestimmt und damit vorhersehbar ist (Gesetzesstaat).
- e. Volksabstimmung, Volksbefragung und Volksbegehren sind die einzigen Instrumente der direkten Demokratie in der Bundesverfassung.

12. Welche Aussage/n zur Wahl und Stellung der Abgeordneten ist/sind richtig?

- a. In Österreich werden der Nationalrat und der Bundesrat direkt vom Bundesvolk gewählt.
- b. Nach dem gleichen Wahlrecht kommt jeder Stimme der gleiche Zählwert zu.
- c. Die Abgeordneten zum Nationalrat sind bei Abstimmungen an Vorgaben der politischen Partei gebunden, der sie angehören.
- d. Im Wahllokal ist man nicht verpflichtet, in einer Wahlkabine zu wählen. Es ist auch möglich, vor den Augen der Wahlkommission seine Stimme abzugeben.
- e. Eine staatliche Genehmigungspflicht für Wahlwerbung wäre verfassungswidrig.

13. Welche Aussage/n zum Gesetzgebungsverfahren ist/sind richtig?

- a. Die Bundesgesetzgebung erfolgt durch den Nationalrat und den Bundesrat.
- b. Ein Gesetzgebungsverfahren wird durch einen Gesetzesvorschlag eingeleitet.
- c. Ein suspensives Veto des Bundesrats verhindert den Gesetzesbeschluss endgültig.
- d. Dem Bundesrat kommt im Gesetzgebungsverfahren in der Regel ein suspensives Vetorecht zu.
- e. Ein Bundesgesetz tritt in der Regel einen Tag nach seiner Kundmachung in Kraft.

14. Welche der folgenden Aussagen ist/sind zutreffend?

- a. Das öffentliche Recht beschäftigt sich mit dem Staat und den Rechtsbeziehungen zwischen Einzelnen und dem Staat.
- b. Die Frage, wie man die Genehmigung für eine Windenergieanlage erlangt, ist ein typisches Beispiel für öffentliches Recht.

- c. Über Fragen der Staatsbürgerschaft oder die Genehmigung von Betriebsanlagen entscheiden die (ordentlichen) Gerichte.
- d. Auch individuelle Rechtsakte wie Bescheide oder Urteile von Gerichten müssen den Anforderungen der Verfassung entsprechen.
- e. Im Unterschied zum Verfassungsrecht regelt das Verwaltungsrecht vor allem die Grundrechte einzelner Rechtsunterworfener.

15. Welche der folgenden Aussagen ist/sind zutreffend?

- a. Der Verfassungsgerichtshof entscheidet auch über die Vereinbarkeit von Gesetzen mit der Verfassung und kann gegebenenfalls verfassungswidrige Gesetze aufheben.
- b. Dass ein unabhängiges Gericht über die Rechtmäßigkeit von Gesetzen entscheiden kann, ist ein wesentliches Merkmal des österreichischen Rechtsstaats.
- c. Über Rechtsstreitigkeiten des Einzelnen mit der Verwaltung entscheidet in erster und letzter Instanz der Verwaltungsgerichtshof.
- d. Ein rechtswidriger Steuerbescheid kann vor den Verwaltungsgerichten bekämpft werden.
- e. Der Verfassungsgerichtshof ist nur für Wahlanfechtungen und die Aufhebung von Gesetzen zuständig. Beschwerden gegen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte können dagegen nur beim Verwaltungsgerichtshof erhoben werden.

16. Welche der folgenden Aussagen zum Grundrecht auf Familienleben ist/sind zutreffend?

- a. Der Entzug der Erziehungsberechtigung greift in das Recht auf Familienleben ein.
- b. Das Recht auf Achtung des Familienlebens zählt zu den Freiheitsrechten.
- c. Der Schutz des Familienlebens ist in Bezug auf Regelungen zum Ehe- und Kindschaftsrecht zu beachten.
- d. Der Entzug der Erziehungsberechtigung kann sachlich gerechtfertigt und damit rechtmäßig sein.
- e. Das Recht auf Familienleben bezieht sich auf ein traditionelles Familienbild. Gleichgeschlechtliche Beziehungen sind davon nicht geschützt.

17. Mit der Inflation steigen auch die Lebenserhaltungskosten stetig. Da die Mietkosten vor allem bei Geringverdienenden einen Großteil der monatlichen Ausgaben verursachen, formt sich in Wien eine neue Bewegung. Diese fordert eine entschädigungslose Enteignung aller Immobilienkonzerne, um Mieten in der Krise wieder leistbar zu machen. Welche der folgenden Aussagen ist/sind zutreffend?

- a. Eine Enteignung greift in die Eigentumsfreiheit ein, sie kann aber unter Umständen rechtfertigbar sein.
- b. Das hier verfolgte Ziel, Wohnen leistbar zu machen, liegt nicht im öffentlichen Interesse.

- c. Das Ziel, Wohnen leistbar zu machen, muss mit dem Eigentumsrecht der Immobilienkonzerne abgewogen werden.
- d. Da von der Enteignung viele Mieter profitieren würden und nur wenige Konzerne einen Schaden erleiden, überwiegt hier jedenfalls das Interesse der Mieter.
- e. Eine Enteignung ist nur gegen Entschädigung verfassungskonform.

18. In der Silvesternacht wird im Wiener Prater eine Jugendliche am Heimweg von einer Feier erstochen. Die Polizei ermittelt im Fall gegen Theo X als Hauptverdächtigen. Dieser wird verhaftet und in Untersuchungshaft gebracht. Der Journalist Alex Hüpfer von der Boulevardzeitung „Die Krönung“ erfährt von einem Insider darüber. Am nächsten Tag titelt die Zeitung „Identität geklärt – Theo X ist der Silvesterkiller“. In dem Zeitungsartikel wird Theo X als Täter dargestellt, außerdem wird ein großes, unzensiertes Foto von ihm quer über die erste Seite gedruckt. **Welche der folgenden Aussagen ist/sind zutreffend?**

- a. Die Pressefreiheit ist eine besondere Ausformung der Meinungsfreiheit. Das Veröffentlichen von Zeitungsartikeln ist daher im Allgemeinen von der Meinungsfreiheit geschützt.
- b. Die Medien erfüllen in einer demokratischen Gesellschaft die Rolle eines *public watchdog*. Sie sollen im vorliegenden Fall dafür sorgen, dass die Öffentlichkeit vom Verdacht gegen Theo weiß, auch wenn die Polizei die erforderlichen Beweise nicht finden kann.
- c. Der Staat kann den Medien die Berichterstattung über bestimmte Ereignisse (wie im vorliegenden Fall) nicht verbieten, weil die Pressefreiheit keine Grenzen kennt.
- d. Zum Schutz der Rechte anderer kann die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden.
- e. Bei der Beurteilung, ob eine Einschränkung der Pressefreiheit im konkreten Fall zulässig ist, ist das öffentliche Interesse an der Berichterstattung über die Straftat mit den Interessen von Theo X abzuwägen.

19. Sascha wurde soeben verfassungskonform zum Bundespräsidenten gewählt. Aufgeregt überlegt er, wie er jetzt die österreichische Politik reformieren kann. Zunächst möchte er ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen durchsetzen. Darüber hinaus ist er der Auffassung, dass die aktuelle Klimakrise dringend gezielten Handelns bedarf. Deswegen lässt er das Parlament vom Bundesheer sperren, um künftig per Dekret zu regieren und die – seiner Meinung nach – erforderlichen Maßnahmen zum Klimaschutz zu setzen. **Welche der folgenden Aussagen ist/sind zutreffend?**

- a. Der Bundespräsident wird auf Zeit gewählt und ist sowohl politisch als auch rechtlich verantwortlich.
- b. Der Bundespräsident nimmt repräsentative Aufgaben wie die Vertretung der Republik nach außen wahr.
- c. Im Sinne des demokratischen Grundprinzips ist der Beschluss von Gesetzen eine der Kernkompetenzen des Bundespräsidenten.

- d. Da der Bundespräsident im Gegensatz zu den Mitgliedern des Nationalrats unmittelbar durch das Volk gewählt wird, genießt er eine stärkere demokratische Legitimation und kann darauf gestützt gesetzgeberisch tätig werden.
- e. Die Klimakrise begründet einen Staatsnotstand. Das Handeln von Sascha ist somit verfassungskonform.

20. Der österreichische Nationalrat möchte ein umfassendes Klimaschutzpaket im Rang eines einfachen Bundesgesetzes erlassen. Der Bundesrat ist davon jedoch nicht gerade begeistert und erhebt im Gesetzgebungsverfahren einen Einspruch gegen den Gesetzesbeschluss des Nationalrats. In der darauffolgenden Nationalratssitzung, bei der 94 Abgeordnete anwesend sind, stimmen 62 Abgeordnete für eine neuerliche Annahme desselben Gesetzesvorschlags. Der Gesetzesbeschluss wird wenige Tage danach schlussendlich kundgemacht. **Welche der folgenden Aussagen ist/sind zutreffend?**

- a. Da das Präsenzquorum für die Beschlussfassung über das Gesetz erfüllt ist, ist der Nationalrat beschlussfähig.
- b. Der Gesetzesbeschluss ist zwingend einer Volksabstimmung zu unterziehen.
- c. Das Gesetz hätte nicht kundgemacht werden dürfen, da der Bundesrat die Erlassung dieses Gesetzes durch seinen Einspruch verhindert hat.
- d. Die Kundmachung im Bundesgesetzblatt (BGBl) erfolgt durch den Bundeskanzler.
- e. In Österreich ist eine mittelbare, parlamentarische Demokratie verwirklicht.

Lösungen

Frage 1: b, d

Frage 2: a

Frage 3: a, d, e

Frage 4: c, d, e

Frage 5: a, d, e

Frage 6: b, e

Frage 7: a, e

Frage 8: b, d

Frage 9: c

Frage 10: c, e

Frage 11: b, c, d, e

Frage 12: b, e

Frage 13: a, b, d, e

Frage 14: a, b, d

Frage 15: a, b, d

Frage 16: a, b, c, d

Frage 17: a, c, e

Frage 18: a, d, e

Frage 19: a, b

Frage 20: a, d, e